

Fresenius: Parallel zur Fresenius-Hauptversammlung gründet sich am 16./17. Mai in Frankfurt am Main ein weltweites Gewerkschaftsnetzwerk. Gewerkschaften fordern von Gesundheitskonzern Verhandlungen über ein globales Rahmenabkommen für Arbeitnehmerrechte.

Berlin, 14.05.2019

Über 50 Vertreter\*innen von Beschäftigten und Gewerkschaften aus Europa, Nord- und Südamerika, Afrika sowie Asien treffen sich zeitgleich mit den Hauptversammlungen von Fresenius am 16. und 17. Mai in Frankfurt am Main. Weltweit beschäftigt der Gesundheitskonzern rund 280.000 Menschen in 100 Ländern.

Die Gewerkschaften werden das erste weltweite Bündnis von Arbeitnehmerorganisationen eines multinationalen Unternehmens im Gesundheitswesen gründen. Ihr Ziel ist die Verhandlung einer globalen Rahmenvereinbarung mit dem Bad Homburger Unternehmen, die weltweit in allen Betrieben grundlegende Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften garantiert. Die 21 beteiligten Gewerkschaften reagieren damit teilweise auf anti-gewerkschaftliche Praktiken von Fresenius, vor allem in den USA, Peru und Südkorea. Koordiniert wird das Bündnis von den Dachverbänden Public Services International (PSI) und UNI Global Union, die Beschäftigte aus dem öffentlichen und privaten Dienstleistungssektor repräsentieren.

»Am 16. und 17. Mai werden nicht nur Fresenius-Aktionäre in Frankfurt zusammenkommen, sondern auch Beschäftigte und Gewerkschafter aus der ganzen Welt. Wir fordern von Fresenius einen verbesserten sozialen Dialog mit den Beschäftigten – inklusive einer globalen Rahmenvereinbarung über gewerkschaftliche Rechte«, sagt Alke Boessiger, stellvertretende Generalsekretärin von UNI Global Union. »Das Unternehmen muss dafür sorgen, dass sich Beschäftigte in Gewerkschaften organisieren können, ohne Repression fürchten zu müssen.«

Der stellvertretende Generalsekretär von PSI, David Boys, weist darauf hin, dass der deutsche Gesundheitskonzern in einer Reihe von Ländern gegen Beschäftigtenrechte verstößt. »Das Unternehmen muss umfassende Maßnahmen ergreifen, um die Grundrechte seiner Beschäftigten zu schützen«, fordert er. »Ein so schnell wachsendes Unternehmen braucht starke Mechanismen, die sicherstellen, dass es seine Verpflichtungen gegenüber Aufsichts- und Steuerbehörden und vor allem gegenüber den Patientinnen und Patienten einhält. Unser weltweites Bündnis wird die Solidarität unter den Fresenius-Beschäftigten stärken und das Unternehmen in die Verantwortung nehmen.«

Globale Rahmenvereinbarungen zwischen multinationalen Konzernen und internationalen Gewerkschaftsverbänden werden geschlossen, um weltweit Standards bei Gewerkschafts- und Menschenrechten zu garantieren. Bei Fresenius werden diese nach Gewerkschaftsangaben nicht immer eingehalten. So berichten zum Beispiel Gewerkschafter\*innen aus Dialyse-Kliniken von Fresenius Medical Care in den USA von andauernden und massiven Versuchen, Beschäftigte am Aufbau einer kollektiven Interessenvertretung zu hindern.

Samantha Anderson, Beschäftigte bei Fresenius in Alabama und Mitglied der Gewerkschaft RWSDU, berichtet: »Wir haben diese Auseinandersetzung begonnen, weil sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert haben und uns niemand zuhörte. Fresenius muss unseren Wunsch respektieren, uns gewerkschaftlich zu organisieren. Wir wollen dafür sorgen, dass das Wohlergehen unserer Patientinnen und Patienten sowie der Pflegenden für Fresenius an oberster Stelle steht.«

Emerson Padua aus Kalifornien, der seit 19 Jahren bei Fresenius arbeitet und Vorsitzender des örtlichen Organisationskomitees der Gewerkschaft SEIU-UHW ist, meint: »Wir Beschäftigte müssen selbst darüber entscheiden können, ob wir uns einer Gewerkschaft anschließen wollen, ohne Einschüchterungsmethoden und Union Busting fürchten zu müssen. Alles was wir wollen, ist eine Gewerkschaft, um unseren Lebensstandard und die Versorgungsqualität in den Einrichtungen zu verbessern.«

Sylvia Bühler, Mitglied im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), stellt klar: »Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen einzusetzen, ist ein universelles Menschenrecht. Es ist schändlich, dass der deutsche Gesundheitskonzern Fresenius Beschäftigte daran hindert, von ihren Grundrechten Gebrauch zu machen.« Bühler erklärt weiter: »ver.di wird sich gemeinsam mit den Betriebsräten mit Nachdruck für ein globales Rahmenabkommen einsetzen, das Beschäftigtenrechte weltweit sichert.«

Hintergrund:

**Public Services International** ist ein globaler Gewerkschaftsdachverband, dem 650 Gewerkschaften in 165 Ländern mit zusammen 30 Millionen Mitgliedern angeschlossen sind. Im Fachbereich Gesundheits- und Sozialwesen repräsentiert PSI mehr als zwölf Millionen Beschäftigte.

**UNI Global Union** vertritt 20 Millionen Dienstleistungsbeschäftigte aus über 150 Ländern. Im Fachbereich UNICARE sind zwei Millionen Beschäftigte aus Einrichtungen privater Gesundheits- und Sozialversicherungsunternehmen repräsentiert.

Die **Fresenius SE & Co. KGaA** ist ein deutsches Medizintechnik- und Gesundheitsunternehmen mit Sitz im hessischen Bad Homburg. Seine Krankenhaussparte Fresenius Helios ist mit über 60.000 Beschäftigten die größte private Klinikette Deutschlands. Weltweit sind insgesamt rund 280.000 Menschen in über 100 Ländern bei Fresenius beschäftigt.

Hinweis an die Redaktionen:

Wir vermitteln gerne Kontakte für Interviews und Gespräche mit Fresenius-Beschäftigten und Gewerkschaftsvertreter\*innen aus den genannten Ländern. Hierfür und bei inhaltlichen Nachfragen wenden Sie sich bitte an:

Michael Dehmlow, mobil: 0171 1736583, [michael.dehmlow@verdi.de](mailto:michael.dehmlow@verdi.de)

Public Services International: David Boys +336 07 09 26 47, [david.boys@world-psi.org](mailto:david.boys@world-psi.org)

UNI Global Union: Alke Boessiger, +41 79 322 04 02, [alke.boessiger@uniglobalunion.org](mailto:alke.boessiger@uniglobalunion.org)